

In meiner Magisterarbeit habe ich mich mit dem Thema *Rechtsextremismus in Deutschland nach der Wiedervereinigung* auseinandergesetzt. Focus der Forschung waren vor allem die organisierten Parteien der rechtsextremen Szene gewesen. Gleich zu Anfang bemühte ich mich um eine Definition des Rechtsextremismus. Natürlich existiert keine offizielle Definition für diese politische Richtung. Man kann diesen Begriff amtlich oder politikwissenschaftlich deuten und mit Hilfe von gemeinsamen Charakteristiken beschreiben. Interessant war auch die Auseinandersetzung mit der historischen Entwicklung des Begriffs Rechtsextremismus.

Das Hauptthema meiner Arbeit leitete ich mit der Geschichte der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung ein. Danach widmete ich meine Konzentration der Aufklärung von spezifischen Merkmalen in der Wahrnehmung und Aufnahme von rechtsextremistischen Ideen in den alten und neuen Bundesländern. Überraschend haben empirische Umfragen in den 90er Jahren keine gravierenden Unterschiede in der Neigung zum rechtsextremen Gedankengut zwischen West- und Ostdeutschen festgestellt. Das größte Problem bleibt also die deutlich höhere Zahl an Straftaten mit rechtsextremer Prägung in den neuen Bundesländern als in den alten. Die Angriffe gegen Ausländer in der ersten Hälfte der 90er Jahre in neuen Bundesländern, wo gegenüber den alten Bundesländern der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung deutlich niedriger ist, rief in der Öffentlichkeit großes Aufsehen aus. Deshalb ist es nötig, dieses Phänomen im Osten Deutschlands zu analysieren.

Teil der Arbeit widmet sich auch der Geschichte von neonazistischen und militanten Gruppierungen im wiedervereinigten Deutschland, mit besonderer Konzentration auf die jugendliche gewaltbereite Subkultur in Ostdeutschland, die eine wichtige Rolle im organisierten Rechtsextremismus spielt.

Den Hauptteil meiner Studie bildet die Analyse der größten organisierten rechtsextremistischen Parteien in Deutschland – NPD, DVU und REP. Die überraschenden Wahlerfolge der NPD und DVU auf Landesebene in den Jahren

1998 und 2004 machen einen tieferen Blick auf ihre Ideologie und Zielsetzung erforderlich. Die offen rassistische, antisemitische, revisionistische Überzeugung der genannten Parteien ist eine Gefahr für das demokratische System der BRD. Die Forderungen nach Systemüberwindung und die Verharmlosung der NS-Verbrechen gehören zu den wichtigsten Gründen, warum die Organe der BRD ihr Interesse verstärkt diesen Organisationen widmen.

Sehr umstritten ist die Wahl der Mittel bei der Bekämpfung der Rechtsextremisten. Für die größte Diskussion sorgte in den Jahren 2000-2003 das Verbotsverfahren gegen die NPD. Das Verfahren selbst wurde zwar auf Grund von Prozessfehlern gestoppt, rief aber eine brauchbare Debatte über den Sinn von Parteiverboten aus. Diesem kontroversen Thema widme ein Kapitel meiner Arbeit gewidmet.

Der Rechtsextremismus bleibt leider mehr als 60 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes ein fester Bestandteil des politischen Geschehens in der BRD. Zwar bleiben die rechtsextremistischen Parteien am Rande des politischen Systems, müssen aber auf Grund der immer stärkeren Zusammenarbeit zwischen einzelnen rechtsextremistischen Organisationen und den oben genannten Wahlerfolgen im Focus unserer Aufmerksamkeit bleiben.